

Die Redaktion... Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.

Abbestellen... Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.

Freiheit Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Mord an den Matrosen.

Das Verbrechen in der Französischen Straße.

Über die Ermordung der 24 Matrosen in der Französischen Straße ist und wird eine Fülle an neuem Material...

Die Erschießung der Matrosen wurde vom Regiment Reinhard vorgenommen. Den Befehl dazu erteilte ein Herr in Zivil...

Die Gefangenen wurden in einzelnen Räumen untergebracht. In jedem Raum war ein schufertiger Maschinen...

Eine Gerichtsverhandlung fand nicht statt. Zwischen 12 und 1 Uhr mittags ging die 'Kuduse' vor sich.

Was nun noch 'recht' stand, wurde durch eine Hinterzettelung in den Hof geführt. Dort trafen bereits Soldaten...

An der Hand der uns vorliegenden Beweise stellen wir fest, daß der Bericht des Regiments Reinhard über die Erschießung...

Auf Grund dieser Tatsachen beschließen wir den Oberleutnant Marlow des französischen Regiments. Wir verlangen seine sofortige Verhaftung und Verurteilung.

Die 'Politik-Parlamentarischen Nachrichten' melden: Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat der Kommandant von Berlin, Herr Klawunde...

In dieser Mitteilung kündigt die 'Berliner Volkszeitung' an: Die 'Kuduse' hat sich am 12. März 1919...

Schuld der in der Französischen Straße Erschossenen anstanden haben mag.

Die Antwort auf diese Frage gibt das oben veröffentlichte Ergebnis unserer vorläufigen Untersuchung...

Die Organisation der Gegenrevolution.

T. U. Nagelsburg, 21. März. Die aus Anlaß einer Mitteilung in einer kommunistischen Versammlung an verschiedenen Orten...

Aus dieser sensationellen Mitteilung geht folgendes hervor: Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division und ihr gehorsamer Diener...

Gleiches Recht für alle in der 'sozialistischen' Republik!

Zentralrat und Regierung.

Wir haben gestern die Erklärung des Zentralrats gegen die 'Deutsche Volksliste' wieder, die auf eine gewisse Schwächung der Wehrkraft...

Die Wehrkraft der 'Deutschen Volksliste' über den Standpunkt des Zentralrats entspringt offenbar aus dessen tatsächlicher Handlungsweise.

Man merkt aus diesen Worten den Kernaussatz heraus, daß die Wehrkraft des Zentralrats sich nicht mehr von den hohen Positionen...

Einführung des Großgrundbesitzes in Böhmen.

Prag, 21. März. In der gestrigen Versammlung der Klubmänner wurde bezüglich der Bodenreform in den grundlegenden Fragen ein Einverständnis erzielt.

Auf Wiedersehen!

Ein Abschiedswort an die unabhängige Sozialdemokratie.

Von Eduard Bernstein.

Auf dem letzten abgehaltenen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie hat ein Antrag Annahme gefunden...

Keine der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands - die Sozialdemokratische Partei Deutschlands...

Nach Ansicht sehr vieler Leute trifft die sozialdemokratische Wehrkraftfraktion zwar grundsätzlich das Richtige...

Verständlich richtet der Verfasser sich empfinden können zwar nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie gegen den Schreiber...

1. Am 1. Dezember 1914 fand im Fraktionszimmer der damals noch reinen Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie eine außerordentliche Besprechung...

2. Als am 24. März 1916 die durch Beschluß der Fraktionsmehrheit ihre Rechte als Fraktionsmitglieder verlustig erklärten Parteimitglieder...

3. Im Jahr 1917 wurde die in Göttinge berufene Konferenz der sozialdemokratischen Oppositionsgruppen am zweiten Sitzung...

loge durch den Antrag überrascht, nun doch eine eigene politische Partei zu bilden. Diesen Antrag habe ich sofort bekräftigt und mit Kautsky und anderen gegen ihn gestimmt. Mit etlichen 70 gegen 44 Teilnehmer wurden wir damals überstimmt, und da ich die alte sozialdemokratische Mitgliedschaft meines Wohnorts Schöneberg, der ich seit 16 Jahren angehörte, und der es damals sehr an Kräften gebrach, nicht in Stich lassen wollte, war ich gezwungen, mich dem Beschluß zu unterwerfen, zumal eine Rückkehr in die Mehrheitsfraktion für mich aus politischen Gründen eine Unmöglichkeit geworden war. Bei alledem habe ich mich geistlich erhalten, so tief ich den politischen Gegenstand empfand, dem Beispiel anderer zu folgen und die bisherigen Kampfgenossen in Rede oder Schrift mit „Herren“ zu titulieren.

4. Im Frühjahr 1918 fand in Berlin in den Räumen der bolschewistischen russischen Volkspartei eine gesellige Zusammenkunft von Mitgliedern dieser und Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratie statt, zu der auch ich geladen war, obwohl ich aus meiner Gegnerschaft gegen die bolschewistische Politik keinen Hehl gemacht hatte. Man erörterte unter anderem die Gründe, weshalb die Unabhängige Sozialdemokratie nicht so revolutionär vorangehe, wie die Bolschewisten es verlangten, und in der Debatte darüber äußerte Georg Ledebour, die Partei sei leider ganz anders zusammengesetzt, als die Bolschewisten vermeinten. „Es gibt sogar unter uns Leute“, sagte er wörtlich, „die sich nicht schnell genug mit den ... Ebert, Scheidemann und Konsorten wieder vereinigen können.“ Als ich darauf das Wort nahm, erwiderte ich: „Ledebour hat keine Namen genannt, alle Unterredeten aber wissen, daß seine letzte Bemerkung gegen mich gerichtet ist. Ich kann darauf nur antworten, daß, solange die Mehrheitsfraktion an der Politik der Bewilligung der Kriegskredite festhält, mir eine Rückkehr zu ihr platterdings unmöglich ist. Dagegen sehe ich nicht an zu erklären, daß ich trotzdem den Gedanken an eine spätere Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie nicht aus meinem Register austreife. Und wenn der Zeitpunkt dafür gekommen sein wird, werde ich, soweit ich dabei in Betracht komme, die Vereinigung nicht an Personenfragen scheitern lassen.“

Ich denke, diese Feststellungen, deren strenge Genauigkeit kein Teilnehmer an jenen Zusammenkünften bestritten wird, werden genügen, jede Unklarheit über die Motive meines jetzigen Verhaltens zu beseitigen.

II.

Die Ereignisse vom Oktober und November 1918 führten den von mir erwähnten Zeitpunkt herbei. Die Umstände, unter denen die deutsche Revolution vor sich ging, forderten gebieterisch ein Zusammengehen der Sozialdemokratie Deutschlands, das oben- und unten durch möglich geworden war, daß die Führer der Mehrheitsfraktion schon vorher aus den Nachrichten über den Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz nach etlichen Tausendern die richtigen Konsequenzen gezogen, mit Energie den Rücktritt der Vertreter des alten Systems gefordert und durchgesetzt hatten und, als am 9. November der Sieg der Revolution gesichert war, der Unabhängigen Sozialdemokratie den Eintritt in die vorläufige Regierung der Republik nach dem Grundgesetz voller Parität anboten. Jezt den Parteistreit fortsetzen wollen, hätte heller Wahnsinn geheißen. Daß die Unabhängige Sozialdemokratie bei weitem nicht stark genug war, die Regierung allein zu übernehmen, war keinem ihrer führenden Vertreter ein Geheimnis, daß sie auf das Anerbieten nicht mit nein antworten durfte, mußte sich jedes ihrer Mitglieder sagen, dem der Parteistreit nicht jeden Sinn für politische Notwendigkeiten geraubt hätte. Nach langer, sehr langer Ueberlegung beschloß die Fraktion den Vorschlag anzunehmen. Der Rat der Volksbeauftragten ward aus drei Mehrheitsleitern und drei Unabhängigen gebildet, die Zusammenarbeit begann, und wenn sie zunächst schleppend vor sich ging, so ging sie immerhin doch weiter. Man durfte eine Weile hoffen, daß zum Zwecke des arbeitenden Deutschland aus der nur erst formellen die reale Einigung hervorgehen werde.

Warum es anders kam, und wessen wählender Arbeit es geschuldet ist, daß es anders kam, soll hier nicht untersucht werden. Genug, die Feinde der Einigung haben für den Augenblick ihr Ziel erreicht, die beiden Fraktionen stehen sich von neuem und mit größerer Erbitterung als vorher feindlich gegenüber. In wessen Vorteil? Nicht zum Vorteil des arbeitenden Deutschland, das darüber nicht zu der für sein Gedeihen so notwendigen Sicherheit des Wirtschaftslebens kommt. Vorteil haben davon nur die Glendpolitiker und Glendspesulanten — diejenigen, die vom allgemeinen Glend die Erfüllung ihrer Pläne, die Realisierung ihrer Spekulationen erhoffen. Auf das Glend spekulieren die so gelehrigen deutschen Schüler des Bolschewismus, die, so wenig gelernt haben, daß sie können, auf Trümmern ein Paradies errichten zu können. Mit dem Glend rechnete aber die politische Reaktion, die aus Erfahrung weiß, wie man bei ihm auf keine Rechnung kommt. Die Spaltung der Sozialdemokratie hat in der Revolution zur naturgemäßen Folge, daß beide Fraktionen in immer größerer Abhängigkeit geraten — die an der Regierung befindliche Mehrheitsfraktion von Nachbarn auf der Rechten, die Unabhängigen von den Spartakisten, denen sie zunehmend größere Konzessionen auf einer Bahn machen, die, wie den Sozialdemokraten unter ihnen ihr sozialistisches Wissen und Gewissen sagen muß, zur völligen Zerrüttung der Lebensbedingungen unseres Volkes zu führen droht.

Unter diesen Umständen kann ich den Beschluß des Parteitag der Unabhängigen, soweit er meine Person trifft, nicht einmal bedauern. Aus den obigen Feststellungen, die ich noch sehr vermehren könnte, ersieht man, wie schwer mir, trotz meiner entschiedenen Oppositionsstellung zu ihrer Politik, die Trennung von der alten Partei gefallen war, daß ich sie freiwillig überentschieden nicht vollzogen habe. Nachdem die Trennung aber Tatsache war, habe ich, das werden mit Gasse und Genossen jeder bezweigen, in der Unabhängigen Sozialdemokratie nach besten Kräften meine Schuldigkeit getan, und so würde es mir jetzt eben so schwer fallen, freiwillig mich von Genossen zu trennen, mit denen ich unter schwierigen Verhältnissen treue Kameradschaft gehalten habe. Aber, wenn sie heute, wo alles darauf ankommt, der Republik über die fürchterliche Krise hinwegzuhelfen, die sie zu überwinden hat, gegen sie in derselben Weise anzukämpfen wie vor dem gegen das militärisch fundierte Kaiserthum; wenn sie zwar behaupten, die Praxis der Spartakuspartei abzulehnen, aber immer mehr von der Phrasologie des Spartakismus übernehmen, so daß schließlich ihr Mitglied Kurt Rosenfeld in der Nationalversammlung namens der Partei erklären durfte: „Wir stehen auf dem Boden des Reichthums“, wenn sie also, statt der heute mehr als je nötigen Arbeit über den politischen Kampf der Sozialdemokratie, eine verwerthliche Konfusion in den Köpfen der ihnen zugewandten Teile der Arbeiterklasse anrichten, die nur den, in der Praxis der demokratischen Programms der Sozialdemokratie wenigstens logischen Spartakiden gannete kommen kann; wenn sie durch solche Vorarbeit für die Partei, die die organische Entwicklung der Republik um jeden Preis zu hinter-

treiben sucht, zugleich der reaktionären Gegenrevolution das Werk der Zerstörung der bürgerlichen Klassen in Stadt und Land erleichtern, dann kann von einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit ihnen meinerseits in der Tat nicht mehr die Rede sein. Ich bin Parteimann genug, um in Einzelgängen mich in die Beschlüsse der Mehrheit meiner Kampfgenossen zu schiden Aber hinsichtlich einer Politik mitzumachen, die ich von Grund aus für verkehrt und verderblich halte, das vermag ich nicht.

So läßt mir der Beschluß des Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie denn keine andere Wahl, als auf die Mitgliedschaft bei dieser zu verzichten und meine Dienste als Parteimann ausschließlich der Partei der Mehrheitsfraktion zu widmen. deren Politik ich in Einzelheiten zwar der Kritik offen, im Grundgedanken, auf den es ankommt, aber für die des Interesses des deutschen Proletariats am besten dienende halte.

Indem ich mich damit als Parteimann von der Unabhängigen Sozialdemokratie verabschiede, kann ich nicht umhin der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Tag kommen wird, wo ich, wenn nicht alles, so doch der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder in einer geeinten Sozialdemokratie wieder werde die Hand drücken können. Es ist undenkbar, daß die Partei bei ihrer jetzigen Politik des Schwankens zwischen Spartakismus und demokratischem Sozialismus noch lange wird verharren können. Sie muß sich auf die Dauer zu einem von beiden entschließen; entweder der überlieferten Politik der deutschen Sozialdemokratie völlig den Rücktritt geben, oder dem unheimlichen Spiel mit dem Feuer des Spartakismus radikal ein Ende machen. Daß der letztere, d. h. die Politik der fortgeschrittenen Revolution und Streiks zwecks Unterdrückung der demokratischen Volksvertretungen durch ein allmächtiges Sowjetregiment, in Deutschland auf den blutigen Bürgerkrieg und den Ruin der Volkswirtschaft mit dauernder Arbeitslosigkeit von Millionen Industriearbeitern abzielt, kann sich niemand verheimseln, der etwas von den Bedingungen des modernen Wirtschaftslebens versteht. Selbst wenn alles zuträfe, was von den Unabhängigen der Politik der Mehrheitsfraktion vorgeworfen wird, wäre für dem Spiel der ersteren gegenüber immer noch das kleinere Uebel. Dagegen ist unbestritten, daß eine Reihe der ihr wirklich anhaftenden Mängel lediglich der Parteispaltung geschuldet sind, und daß nur eine geeinte Sozialdemokratie das deutsche Volk vor verheerenden Konfusionen bewahren und der deutschen Arbeiterklasse einen stetigen sozialen Aufstieg sichern kann.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen werde ich fortfahren, in der Arbeiterschaft für diese Einigung zu wirken, unbeirrt durch die Tatsache, daß zur Zeit hüten und drücken der Vorbehalt viel zu groß ist, um einen unmittelbaren Erfolg zustande kommen zu lassen. Die Mission des von mir mitbegründeten Vereins „Einheit der Sozialdemokratie“ ist zunächst ein Erziehungs-werk, und die Schaffung eines geistigen Heims für die wachsende Zahl derjenigen Arbeiter, die der Parteispaltung in tiefster Seele abhört und die doch den Glauben an die Sache des Sozialismus nicht aufgeben wollen. In dem Maße aber, als sie Kraft gewinnt, kann diese Bewegung doch auf die streitenden Parteien stark genug zurückwirken, um die sozialen Differenzen zu vermindern und dadurch der Vereinigung den Weg zu bahnen. Ein Gedanke, der es mir möglich macht, von den bisherigen Kampfgenossen mit einem „Auf Wiedersehen“ zu scheiden.

Edward Bernsteins Austritt aus der Unabhängigen Sozialdemokratie kommt uns nicht überraschend. Uns verbindet mit ihm die mannhafte und charaktervolle Haltung, die er im Kriege gegen den Nationalismus und die Politik der Rechtssozialisten einnahm; aber wir waren uns auch stets bewußt, daß vieles in seinen Anschauungen, die ihn zum Begründer des deutschen Revisionismus gemacht haben, uns stets von ihm trennte.

Bernstein ist einer von jenen, deren politische Stellungnahme in der Revolution vor allem von der Befürchtung vor dem Bolschewismus bestimmt wird, eine Befürchtung, die schon unendlich viel Unheil angerichtet hat. Wir teilen diese Sorge nicht, weil wir meinen, daß die ganz andere soziale Struktur Deutschlands, die überwiegende Stärke der industriellen Arbeiterschaft auf der einen Seite, aber auch die Stärke und Organisationsfähigkeit der Bourgeoisie und der Beamtenklasse sowie das vollständige Fehlen einer revolutionären Bauernschaft die Gefahren, die die wirklichen oder erdichteten Ausartungen des Bolschewismus bedenten, für Deutschland ernsthaft nicht in Betracht kommen lassen.

Die Furcht vor diesen vermeintlichen Gefahren nützt aber nicht nur die Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse zum Widerstand gegen jede wirklich sozialistische Politik aus, sie wirkt auch auf viele rechtssozialistischen Anhänger und läßt sie den verderblichen grundlossten Opportunismus der Führung, der so vieles schon ruiniert hat und die wirkliche Unruhe der fortwährenden Spaltung der Arbeiterklasse ist, noch immer ertragen. Als kleineres Uebel, wie sie und Bernstein meinen. In Wirklichkeit ist es dieses Verlogen wirklicher sozialistischer Politik, die die Enttäuschung der Arbeiterklasse hervorruft, sie den scheinbar radikalsten Lösungen geneigt macht und den Boden für die kommunistische Propaganda bereitet.

Das überlebt Bernstein, der nur das Schreckgespenst des Bolschewismus kennt, vollständig und so erklärt sich der merkwürdige Umstand, daß er in demselben Augenblick zu den Rechtssozialisten geht, in dem ein Mann wie v. Berlach jede Verantwortung für deren Politik ablehnt.

Das erklärt auch die ablehnende Haltung zum Räte-system. Ueber die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Funktionen braucht wohl nichts weiter gesagt zu werden, nachdem selbst die Regierung sie einsehen mußte. Politische Funktionen müssen aber den Arbeiterräten zuerkannt werden, weil die „Demokratie“ gerade infolge der Unentschiedenheit und Zaghaftigkeit einer Regierung, die von Anfang an die Koalition mit dem Bürgertum gesucht hat, statt die Uebernahme der Regierung von der Anerkennung eines sozialistischen Aktionsprogramms abhängig zu machen, völlig verlagert hat. Eine entschlossene Regierung hätte auch unter den gegenwärtigen Majoritätsverhältnissen ganz andere Ergebnisse für den Sozialismus erreichen können. Denn in Wirklichkeit liegen die Dinge doch so, daß das Bürgertum gar nicht in der Lage ist, selbst die Regierung zu führen; die Sozialdemokratie konnte daher eine ganz andere Politik durchführen; statt dessen läßt sich ihre Führung von den Merkmalen und Demokraten ihre Politik diktiert und ruiniert ihre eigene Position noch vollends durch ihr Verhalten gegenüber der vorwärtsdrängenden Arbeiterklasse.

Die sozialen und Machtverhältnisse Deutschlands verlangen eine wirklich sozialistische Regierung, unbeschadet des Ausfalls der Wahlen, deren ungenügendes Ergebnis nur dem historisch zufälligen Umstand der Spaltung geschuldet ist. Statt dessen arbeitet die Nationalversammlung, wenn sie

nicht gerade der Druck von außen treibt, so, als ob ihr der wahre Charakter der Revolution überhaupt nie zum Bewußtsein gekommen wäre.

Aus dem Widerspruch zwischen der sozialen Notwendigkeit des Sozialismus und seinem ganz unzulänglichen politischen Ausdruck in der Nationalversammlung und ihrer Koalitionsregierung ergibt sich die Notwendigkeit, der politischen Macht der Arbeiterklasse für die revolutionäre Uebergangszeit einen entsprechenden Ausdruck zu schaffen, und deshalb fordert die Unabhängige Sozialdemokratie politische Rechte für die Räte. Sie zugestehen, ist eine Entwicklungsnotwendigkeit, deren Erfüllung allein eine richtigere Gestaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse verbürgt.

Es handelt sich also nicht um aus Angst vor der kommunistischen Agitation erzwungene Zugeständnisse, nicht um ein prinzipielles Schwanken zwischen Demokratie und Räte-system, sondern um die Einsicht in die politischen Notwendigkeiten einer besonderen Situation, die in einem zum Sozialismus reifen Lande dadurch entstanden ist, daß die durch die Kriegspolitik verursachte Spaltung und die verhängnisvollen Fehler der Führung die Arbeiterklasse um die Früchte ihres Sieges zu bringen drohen.

Auch wir erkennen mit Bernstein in der Spaltung eine Quelle des Uebels. Aber die Uneinigkeit der Arbeiterklasse kann nur überwunden werden durch ihre Vereinigung zu einer grundsätzlichen sozialistischen Politik. Der Opportunismus dagegen erhält die Spaltung und vertieft sie immer mehr. Der Weg, den Bernstein jetzt geht, kann daher nicht der Weg der deutschen Arbeiter sein. Nicht zurück, sondern vorwärts muß ihre Lösung sein.

Worte und Taten.

Die Tüchtigkeit oder vielmehr Untüchtigkeit des Herrn Goenick im Kultusministerium ist sozlar keinen einzelnen Parteigenossen nicht ganz recht. Im „Vorwärts“ befaßt sich Dr. Lohmann mit diesem für die Rechtssozialisten so beinlichen Thema. Er gibt ohne weiteres zu, daß Goenick „aus opportunistischen Gründen“ die Politik Adolf Hoffmanns „zurückgeschraubt habe“, daß er „die arden Kulturfragen“ nicht gelöst habe, sondern die Entscheidung dem Landtag anheimstellen wolle. Und er stellt fest, daß die Enttäuschung darüber „weiteste Kreise“ auch der Rechtssozialisten erfasst habe.

Was aber gibt er als Heilmittel für diese Enttäuschung an? Er verlangt nicht etwa mehr Energie, mehr Tatkraft, mehr Sozialismus vom Kultusminister. Er konstruiert vielmehr einen Unterschied zwischen Partei- und Regierungspolitik und hält es für „unberechtigt“, daß man die Partei verantwortlich mache für die Politik der Regierung. Er will die Regierung, d. h. in diesem Falle den Kultusminister, ruhig im alten Schilde weiterwirken lassen. Aber er verlangt von der Partei, daß sie „das Recht auf Bildung als ein Recht des Volkes auf neue programmatik stabilere, und ihren Willen zur Erreichung sofortiger Reformen entschiedener dokumentiere“.

Dokumentieren modurch? Durch Reden! Das heißt auf deutsch: die Partei soll ein schönes Programm aufstellen. Der Parteiführer aber, der von der Partei in die Regierung zehlt wird und die Realität hätte, nun die schönen Worte in Taten zu verwandeln, ist als Mitglied der Regierung nicht mehr an das Programm der Partei gebunden. Er soll leben, wie er sich durch die Klippen der Regierungspolitik durchschlängelt. Das heißt, die Partei soll reden und fordern — aber diese Forderungen zu verwirklichen, das hat sie nicht nötig. Und es heißt endlich: ein Rechtssozialist hat nur solange die Pflicht, sich an das Programm seiner Partei zu halten, solange er nicht Minister ist. Ist er erst Minister, so ist er nicht mehr für das Parteiprogramm und die Partei nicht mehr für ihn verantwortlich.

Dieses Geständnis des Herrn Dr. Lohmann ist typisch für die rechtssozialistischen Führer. Für sie kommt es nicht darauf an, die Forderungen des Sozialismus, die Forderungen der Partei zu verwirklichen, sondern darauf, die Partei äußerlich zusammenzuhalten. Ihnen geht es nicht um die Grundidee der Partei, sondern um die Organisation der Partei. Die Grundidee können ruhig zum Teufel gehen, wenn nur die Organisation bestehen bleibt. Aber auf diese Weise werden sie gerade das bewirken, was sie vermeiden wollen: die Form wird zum Teufel gehen, die Grundidee und Ziele werden bleiben. Und gerade die, denen Grundidee und Ziele wichtiger sind als die inhaltlose Form der Partei, gerade die besten, werden die Partei als erste verlassen.

„Das Volk wartet auf uns“, schließt Dr. Lohmann nicht ohne Pathos seinen Aufsatz. Das Volk merkt bereits, daß es vergeblich wartet.

Die Folgen des Pöner Verhandlungsabbruchs.

Paris, 20. März. (Quod.) Laut „Matin“ wird sich der Oberste Kriegsrat heute mit dem Abbruch der Pöner Verhandlungen beschäftigen und Maßnahmen ins Auge fassen, die einen Druck auf die Deutschen ausüben sollen, damit die Selbstbestimmungen an der Pöner Front eingehalten werden.

Gegen die Polenlandung in Danzig.

Berlin, 21. März. General von Hammerstein überreichte heute in der Sitzung der Wehrsaftkommission vom 20. März eine Note, in der er seine am 19. März mündlich abgegebenen Erklärungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig schriftlich bestätigte und ergänzte. Die deutsche Regierung könne keinesfalls die Landung in Danzig und den Durchzug der polnischen Truppen durch das national geneigte Land zulassen. Nicht nur die Rechtslage spreche in diesem Fall unbedingt zugunsten der deutschen Auffassung, sondern die von den Alliierten geforderte Landung in Danzig würde auch außerdem zu Ergebnissen führen, die zu dem von der Entente wiederholt gegebenen Versprechungen im Gegensatz stehen. Die Entente behauptet, sie wolle in den Blick der Weichteit gelegenen deutschen Gebieten ausschließlich die Ordnung erhalten und neues Blutvergießen vermeiden. Die deutsche Regierung sei bereit,

Jeden Einzelnen zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die selben zu bestimmten begrenzten Zwecken ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung zugelassen werden können.

Rudant nahm die Note mit der Anerkennung entgegen, er werde sie sofort hoch übermitteln. Die Note habe den Vorzug, klar zu sein, indem sie die deutsche kategorische Ablehnung aller Vorläufige und Forderungen der alliierten und assoziierten Regierungen enthalte. Sie schaffe somit eine tatsächliche Lage, die in entsprechender Weise behandelt werden würde.

Belagerung des Hamburger Konfliktes.

Hamburg, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Versammlung der Seeleute hat beschlossen, den vorher beschlossenen Beschlus, daß die Schiffe nicht belagert werden sollen, wieder umzuwidern. Die Seeleute wollen nicht die Aufsicht verhindern. In geheimer Abstimmung wurde dies beschlossen.

Hamburg, 21. März. W. T. V. Heute fand eine Versammlung der Seeleute im Rieck-Busch statt, in der der Führer des Seemannsbundes Böhmke Auskunft von dem Regierungsdirektor darüber verlangte, welche Garantien für die Ankunft der Lebensmittel gegeben seien, falls die Schiffe ausfahren würden. Oberregierungsrat Heidecker berichtete über die mit der Entente geschlossenen Verhandlungen und erklärte, wenn die Seeleute noch weitere Schwierigkeiten machten, gefährdeten sie nicht nur die seiden mit schweren Opfern erzielte Lebensmittelversorgung Deutschlands, sondern auch die Belassung der deutschen Besatzung auf den Schiffen. Auch Senator Dr. Petersew vertrat diesen Standpunkt und verwies darauf, daß, wenn die Schiffe nicht ausfahren würden und die Entente sie holen müßte, das Waffenstillstandsabkommen von uns gebrochen würde, was vor allem Clemenceau Gelegenheit geben würde, den Frieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons zu verweigern. Wenn Garantien für die Herbeischaffung von Lebensmitteln verlangt würden, so müßte er darauf hinweisen, daß Deutschland besetzt am Boden liege und den Worten der Entente vertrauen müßte. Ein endgültiger Beschlus war bis 12 Uhr mittags von der Versammlung nicht gefast.

Nachdem noch eine Reihe Redner in der Hauptfrage für Annahme des Ausfahrtsbeschlusses gesprochen hatte, besond. der Führer des Seemannsbundes Böhmke in seinem Schlußwort, daß die Anforderungen des Oberregierungsrats Heidecker und des Senators Petersew keine Antwort auf seine Frage gegeben hätten, welche Garantien den Seeleuten für ihre Existenzmöglichkeiten nach Auslieferung der Schiffe gegeben seien, auch sein sie nicht in der Lage gewesen, irgendwelche Garantien dafür zu geben, daß wirklich nach Auslieferung der Flotte Lebensmittel herbeikommen. Er beantragte, daß die Schiffe mit Gewalt geholt würden, glaube vielmehr, daß bei einem absehenden Beschlusse neue Verhandlungen von der Entente eingeleitet würden, die ja auch neu verhandelt habe, als die Waffenstillstandskommission in Spaa einmal energisch geworden sei. Er wandte sich auch gegen die sensationelle Aufschaukelung in der Presse, die die Bewegung des Seemannsbundes als sozialistisch bezeichnete. Der Seemannsbund vertrete nur die wirtschaftlichen Interessen der Seeleute. Hieraus begann die Abstimmung, die um 4 Uhr noch nicht beendet war.

Hamburg, 21. März. W. T. V. Die Abstimmung in der Seemannsversammlung, die von etwa 5000-6000 Seeleuten besucht war, ergab 1770 Stimmen für und 804 Stimmen gegen die Ausfahrt der Schiffe. Demnach hat die Mehrheit der Besucher sich der Stimme enthalten. Das Resultat wurde mit lebhaftem Beifall gegen vereinzelten Widerspruch aufgenommen. Der Vorsitzende betonte, daß sich nach der Abstimmung die Mehrheit der Mehrheit zu fügen habe. Sodann erklärten die Vertreter des Seemannsbundes Scheel und Haase, daß sie den Auftrag hätten, mitzutheilen, daß Emden, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Flensburg und Norddeich sich gegen die Beteiligung an der Auslieferung der Schiffe ausgesprochen hätten und wohl bei ihrem Nein bestehen bleiben würden. Es kam dann noch ein Antrag zur Abstimmung, daß der Seemannsbund beauftragt werde, die Interessen der arbeitslos gewordenen oder werdenden Seeleute gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hamburg, 21. März. W. T. V. Die Dampfer „Bürgermeister Schröder“ und „Bürgermeister von Meße“ werden heute abend als erste Hamburger Lebensmittelsschiffe den Hamburger Hafen verlassen. Beide Dampfer gehen nach Liverpool.

Die deutsche Gewaltpolitik in Lettland.

Am 11. wird folgende Rundgebung verbreitet:

In der Sitzung des Internationalen Ballesterkongresses vom 19. März ist von lettischer Seite gegen die deutsche Politik in Lettland protestiert worden mit der Behauptung, Deutschland beabsichtige die Aufrichtung einer baltisch-preussischen Monarchie und heranzuführen das Land durch seine Truppen, die schleunigst zurückgezogen seien.

Die erhobene Behauptung von der beabsichtigten Errichtung einer baltisch-preussischen Monarchie ist dem neuen republikanischen Deutschland gegenüber, daß das Recht der Selbstbestimmung als eines der vornehmsten Prinzipien anerkannt und praktisch durchgeführt hat, so lächerlich, daß es sich erübrigt, hierauf weiter einzugehen.

Keinlich steht es mit der Behauptung, die deutschen Truppen bergewaltigen Lettland und müßten schleunigst zurückgezogen werden. Jedermann weiß, daß die deutschen Truppen beim Abschluß des Waffenstillstands nur einen Wunsch hatten: in die Heimat zurückzukehren. Nur Gründe der Menschlichkeit und die Rücksicht auf die eingegangenen Verpflichtungen haben die deutsche Regierung auf die dringende Verurteilung der lettischen Regierung veranlaßt einen Teil der deutschen Truppen in den baltischen Provinzen zu belassen, wo sie Schulter an Schulter mit den Einwohnern des Landes gegen die bolschewistischen Truppen kämpfen. Mit Dankbarkeit wird dies auch von den Einwohnern anerkannt.

Die Unterzeichner des Protestes werden daher mit ihrer Behauptung bei ihren nicht bolschewistischen Landsleuten kaum den erhofften Erfolg finden.

Diese Rundgebung richtet sich offensichtlich gegen einen Protest, dessen Wortlaut in einem Telegramm der Vertreter der verschiedenen Richtungen der Sozialdemokratie Lettlands an den Genossen Gase mitgeteilt worden ist. Dieser Protest lautet:

Das deutsche Reich führt Krieg gegen Lettland. Unter dem Vorwand, den Bolschewismus zu bekämpfen, sind deutsche Truppen in Lettland eingebracht. Lettische Soldaten werden im Sturm genommen. In Deutschland werden durch Wabebureau Leute für den Kampf gegen Lettland gedungen. Die alte Imperialpolitik

Politik Deutschlands gegen unser Land wird fortgesetzt. Eine Veranschaulichung deutsch-baltischer Barone zur Aufrichtung einer baltisch-preussischen Monarchie wurde in Lissa aufgedeckt. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Bergewaltigung unseres Landes durch die Truppen des Deutschen Reiches. Wir verlangen sofortige und vollständige Zurückziehung der deutschen Truppen aus Lettland. Wir ersuchen Sie um weitestgehende Resonanzmachung dieses Protestes. Wir hoffen, daß Müller und Weis die sozialistische Internationale in Bern gekündigt haben, als sie das vollständige Desinteresses Deutschland in Lettland behaupteten.

Ein Versteck dieses Protestes mit der amtlichen Rundgebung sei, in wie entstellter Form sein Inhalt wiedergegeben worden ist. In der unehrlichsten Weise sind in der amtlichen Rundgebung die Tatsachen entstellt und verdreht worden. Bloß um die deutsche Interventionenpolitik anzuweisen der baltischen Barone zu verhüllen und das kriegerische Vorgehen im Osten dem Volke schmackhaft zu machen. Eine Verleumdung ist es schließlich, wenn auch hier wieder mit dem bolschewistischen Ainderdruck gearbeitet wird. Gegen die deutsche Gewaltpolitik im Osten hat sich auch der Führer des antibolschewistischen Teils der lettischen Sozialdemokratie, Genosse Dr. Kalnis, auf dem Parteitag der W. T. V. ausgesprochen. Und in ähnlichem Sinne äußerte sich neuerdings der lettische Genosse K. Mender in seinem bei uns veröffentlichten Darlehen über das trausische Schicksal Lettlands, dem die Rolle eines zweiten Belgiens ungesprochen ist.

Die Gärung in England.

Die englische Arbeiterchaft steht vor folgendem Entscheidungsan. Die drei Hauptberufsgruppen, die Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter haben sich ähnlich wie im Jahre 1911 zu einem gemeinsamen Vorgehen entschlossen und verlangen die Sozialisierung des Bergbaues und der Eisenbahnen. Der Krieg hat sie zum vollen Bewußtsein ihrer Macht gebracht. Ihr Verlangen findet bei den englischen Kapitalisten starke Gegner. Aber wie immer in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, so besteht auch gegenwärtig eine große Wahrscheinlichkeit, daß die englische Regierung die Arbeiter durch Zugeständnisse zu beruhigen suchen wird. Wir geben trotzdem die nachstehende Meldung der „Telegraphen-Kompagnie“ wieder, die von solchen Verjuchen noch nichts zu berichten weiß.

Amsterdam, 21. März. Die englische Öffentlichkeit sieht mit dem Eindruck der Gefahr des drohenden Generalstreiks. Alle anderen Fragen haben in der englischen Presse an Interesse verloren, selbst die Pariser Friedenskonferenz ist im Augenblick für England zu einer Angelegenheit zweiten Ranges geworden. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß es sich bei den Streiks um eine Schicksalsfrage für Großbritannien handelt, die an Bedeutung dem Weltkrieg keineswegs nachsteht. In der an Kämpfen so reichen Geschichte der englischen Arbeiterbewegung hat sich bisher kein Ereignis von einer derart folgenschweren Bedeutung abgespielt. Bisher war es noch nicht der Fall, daß sich die Arbeiter dreier für das Wirtschaftsleben wichtigen Berufsgruppen wie die Bergleute, die Transportarbeiter und die Eisenbahner zu einheitlichem Vorgehen zusammengeschlossen haben. Die Entscheidung über den Generalstreik liegt augenblicklich bei den Eisenbahnern, die die Kongressionen der Eisenbahngesellschaften und der Regierung als ungenügend verworfen haben und auf Nationalisierung der Eisenbahnen bestehen.

Ein großer Teil der Presse schreibt die Schuld an der Auslösung der Krise der schwankenden Haltung der Regierung zu. Insbesondere die „Daily Mail“ richtet einen heftigen Angriff gegen das Ministerium und fordert es auf, so schnell als möglich zu einer Einigung mit den Arbeitern zu kommen. Die Forderungen der Arbeiterchaft seien durchaus begründet und man könne es namentlich den Bergarbeitern nachfühlen, wenn sie nicht mehr gewillt seien, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um den Aktionären der Bergwerke möglichst große Dividenden zu verschaffen.

London, 21. März. Reuters meldet aus Paris vom 20. März: Lord George sagte heute abend, wenn eine unerwartete Entwicklung in der industriellen Lage eintrete, so werde er in Paris bleiben und die Arbeiten zur Sicherung eines möglichst baldigen Friedens fortsetzen. Die ganze Welt brauche Frieden. Er werde auch in der Industrie keine Ruhe eintreten. Wenn er jetzt nach England gehen müßte, so würde das eine Verlängerung der industriellen Kluftlosigkeit bedeuten. Dies sei auch die Ansicht seiner Kollegen in Paris, und nach dem Bericht des Vorsitzenden der Kohlenkommission, der ihm telephoniert worden sei, könne er sich nicht vorstellen, warum die Bergarbeiter zu Gewaltmaßnahmen übergehen sollten.

London, 20. März. (Reuters.) Bonar Law gab im Unterhause eine Erklärung über die Transportarbeiter und Eisenbahner ab und sagte: Die Angebote, die die Arbeitgeber den Transportarbeitern machen, er scheinen ihm verständlich, und man könne hoffen, daß die Leute sich nicht für unannehmbar erklären werden. Bezüglich der Eisenbahner sagte Bonar Law, die Forderung habe vorgeschlagen, die Löhne mit Einschluß der Kriegszulage bis Ende 1919 auf der letzten Höhe zu belassen. Die Angehörigen hätten weitere Forderungen gestellt, die eine Vermehrung der Ausgaben um über 10 Millionen Pfund Sterling pro Jahr zur Folge haben würde, was unter den gegenwärtigen Umständen für die Eisenbahnen eine sehr ernste Sache wäre.

Von den verschiedenen Mitgliedern der Bergbaukommission seien drei Berichte vorgelegt worden, und die Regierung habe beschlossen, den Vorschlag anzunehmen, der die Erhöhung der Löhne um 2 Schilling pro Tag empfiehlt, was einer Bewilligung von zwei Dritteln der Forderung der Bergarbeiter entspräche. In dem Bericht wird ferner die Verabsicherung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden von 16. Juli empfohlen, und auf 8 Stunden noch weiteren zwei Jahren, falls eine neuzeitliche Untersuchung der Lage in der Kohlenindustrie am Ende des Jahres 1920 das rechtfertige. Der Bericht verurteilt das gegenwärtige System der Besitz- und Arbeitsverhältnisse in der Kohlenindustrie und erklärt, daß irgend ein anderes System an seine Stelle treten müsse, entweder die Verstaatlichung oder die Vereinheitlichung durch Ankauf durch den Staat oder eine gemeinsame Kontrolle. Aber die Verleser des Berichtes seien noch nicht in der Lage, zu sagen, welche von diesen Methoden am meisten den Interessen des Landes und des Ausfuhrhandels der Arbeiter und der Besitzer, entspreche. Der Vorsitzende der Kommission habe vorgeschlagen, in ernstliche Verste mit Vorschlägen zu erörtern, die sofort durchgeführt werden sollen. Dies bringe eine Fortdauer der Kontrolle über die Kohlenindustrie für die Dauer von zwei Jahren mit sich und die Regierung sei bereit, diese Berichte anzunehmen und alle Schritte zu tun, um die darin enthaltenen Vorschläge unverzüglich auszuführen.

Die Führer der Bergarbeiter hätten noch nie eine solche Gelegenheit zur Erlangung eines wirklichen Fortschritts in der Kohlenindustrie gehabt, und wenn sie diese zurückließen, so würden sie den größten Fehler begehen, der jemals gemacht worden sei. Die Regierung habe damit, daß sie das Risiko für alle diese Experimente auf sich genommen habe, ihre Entschlossenheit gezeigt, bis zu den äußersten Grenzen des Möglichen zu gehen, um den gestellten Forderungen gerecht zu werden und wenn der Streik trotzdem komme, so würde es kein gewöhnlicher Streik von Lohnarbeitern gegen die Arbeitgeber sein, sondern ein Streik gegen den Staat. Wenn ein solcher Streik käme, würde der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ganz ohne das geringste Nachgeben alle Mittel des Staates in Anwendung zu bringen, um ihn rasch zu gewinnen. Dies sei keine Drohung, keine Regierung könne anders handeln.

Der Anschluß Deutschösterreichs.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses wurde die folgende Erklärung, die von allen Parteien eingebracht war, einstimmig angenommen:

Der Verfassungsausschuss der verfassunggebenden Nationalversammlung begrüßt es als bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zur Vereinigung zwischen dem Deutschen Reich und Deutschösterreich, daß zwei Regierungsvertreter aus Deutschösterreich an seinen Verhandlungen teilnehmen. Er erwartet, daß die Besprechungen der beiden Regierungen so rasch durchgeführt werden, daß auch Abgeordnete des Reiches an den Verhandlungen der Nationalversammlung über die Verfassung des gesamten Reiches noch teilnehmen können. Wir zweifeln nicht, daß die deutsche Reichsregierung der Zustimmung des ganzen Volkes sicher ist, wenn sie bei den Abmachungen auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschösterreichs Rücksicht nimmt.

Deutschösterreichischer Zusammenschluß.

Weimar, 21. März. Im Verfassungsausschuss machte heute ein Vertreter des Auswärtigen Amtes Mitteilungen über die Ende Februar in Berlin über den Zusammenschluß zwischen Deutschösterreich und dem Deutschen Reich mit Vertretern Deutschösterreichs abgehaltenen Besprechungen. Zu diese Mitteilungen als vertraulich bezeichnet wurden, so kann aus ihnen nur hervorgehoben werden, daß die Besprechungen von beiden Seiten in dem Geiste größten Entgegenkommens und in der Ueberzeugung geführt worden seien, daß der Zusammenschluß den Interessen beider Teile des Reiches wie Deutschösterreich dienen werde. Der Regierungsdirektor teilte weiter mit, daß zur Vorbereitung des Zusammenschlusses kommissarische Beratungen eingeleitet worden sind, welche teils in Berlin, teils in Wien stattfinden werden und die Ausdehnung zwischen beiden Teilen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialpolitischen kulturellen und Rechtslebens zum Gegenstande haben sollen.

Aufhebung der Blockade über Oesterreich-Ungarn

Wien, 21. März. Das Wiener Telegr.-Korr.-Bureau teilt mit: Das Staatsamt für Kriegswesen erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Oesterreich-Ungarn beschlossen haben. Die praktische Tragweite der Aufhebung der Blockade kann augenblicklich, da genauere Mitteilungen noch nicht vorliegen, nicht beurteilt werden, doch dürfte sich daraus jedenfalls ergeben, daß Waren, die nicht als Kriegskontrollhande betrachtet werden, aus neutralen Staaten bezogen werden können und daß den Schiffen neutraler Staaten das Anlaufen der adriatischen Häfen gestattet ist.

Die Entschädigungsfrage.

London, 21. März. Ueber die Kriegsentschädigungen erzählt Reuters von autoritativer britischer Seite aus Paris, daß bisher nur darüber eine Einigung erzielt wurde, daß Deutschland jeden Pfennig zahlen muß, den es aufbringen kann, daß es aber nicht annehmend alles bezahlen kann. Die Sachverständigen haben sich über die Frage, bis zu welcher Grenze Deutschland zahlungsfähig ist, noch nicht geeinigt. Sobald eine Einigung hierüber erfolgt ist, wird das noch schwierigere Problem an die Reihe kommen, wie die zu entrichtende Summe zugewiesen werden soll. Man dürfe, sagt Reuters, nicht die Gefahr vergessen, daß Deutschland einfach den Dingen ihren Lauf lasse, eine Politik, die einige einer Führer bereits empfohlen hätten. Das wäre ein Schritt, der zwar auch Deutschland in Schwierigkeiten bringe, den Alliierten aber die größte Verlegenheit bereiten würde. Die Frage, innerhalb welcher Zeit die Entschädigung gezahlt werden würde oder könne, komme erst in zweiter Linie in Betracht. Einige Sachverständige sprächen von dreihig, andere von fünfzig Jahren. Wichtig sei die Frage der Verzinsung des Kapitals. Alle Sachverständigen seien der Meinung, daß man eine wirklich befriedigende Entschädigung nur von einem blühenden Deutschland erwarten könne.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wilsch, Reudlin. - Verlagsgroßhandlung „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck des Lindendruckerei und Verlagsgeßellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Keine Regierung

wird die

Berliner Stadtanleihe von 1919

antasten.

Ihr könnt in Ruhe zeichnen.

Rüffel zum Frauentag!

Von Luise Zieg.

Einmütig hat der Parteitag der U. S. P. D. beschlossen, am 6. April den Internationalen Sozialistischen Frauentag in ganz Deutschland zu veranstalten.

Es sollen also überall, wo wir Säle bekommen und Räume oder Rednerinnen zur Verfügung haben, Versammlungen einberufen werden, die alle die Einzelfragen erörtern, aus denen das große, weitverzweigte Problem der Frauentage zusammengesetzt ist.

Dazu gehört in erster Linie die wichtigste Forderung des Schutzes und der Fürsorge für Mutter und Kind; der Ausbau des Arbeiterinnen-schutzes; die Ausgestaltung der öffentlichen und gewerblichen Hygiene.

Aber nicht minder gehören zu diesen Forderungen alle jene Reformen, die wir auf kommunalem Gebiete anstreben zur Entlastung der erwerbenden Frau.

Was da sind kommunale Speisehäuser mit hellen, freundlich eingerichteten Räumen, in denen die werktätigen Mitglieder der Familie für ein (verhältnismäßig) billiges Entgelt ein schmackhaftes, abwechslungsreiches, nahrhaftes Essen erhalten können, damit die erwerbende Hausfrau nicht des Abends, nach vollbrachter Tagesarbeit nochmals dachim, mit dem zeitraubenden Kochen zu beginnen braucht. Diese Speisehäuser sind natürlich nicht zu verwechseln mit den betrüchtigten Suppenküchen des Krieges.

Kommunale Waschläden, eine gründliche Wohnungsreform, die den Arbeitern an wohnungstechnischen Einrichtungen bringt, was in den Wohnungen der Reichen bereits alte Praxis ist, gehört gleichfalls hierher.

Dazu jene Einrichtungen, die einen Teil unseres großen nationalen Erziehungsprogramms bilden: Pädagogisch geleitete Kindergärten, Kinderhort, Schulspeisung, Schulärzte usw.

Bei den letzten Gemeindevertreterwahlen ist fast überall unser Einfluss in den Gemeindeverwaltungen stark gesteigert worden; dieses gilt es zu nutzen, um obige Reformen durchzusetzen.

Die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung hat die Frau durch die Revolution erhalten, ihr fehlt aber noch völlig die wirtschaftliche Freiheit.

Die Verwirklichung des Sozialismus, die gesellschaftliche Produktion auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln wird erst, wie die Befreiung der Arbeit überhaupt, auch die der Frau bringen.

Unser Frauentag wird deshalb auch ein freudiges Bekenntnis zum Sozialismus sein. Und damit gleichzeitig ein Protest gegen die jetzige Regierung, die alles tut, um die Verwirklichung des Sozialismus zu hintertreiben.

In der klaren Erkenntnis, daß der Sieg des Sozialismus nicht haltmachen kann und darf vor den Landesgrenzen, wird unser Frauentag auch zum lebendigen Ausdruck internationaler Solidarität, der um so kräftiger wird durch den Umstand, daß die Genossinnen in Holland und in Ungarn, hoffentlich auch in Dänemark und Österreich ihren Frauentag feiern, während die Genossinnen der Schweiz bereits im März vorangegangen sind.

Genossen und Genossinnen! Trefft deshalb sorgfältig alle Vorbereitungen für den Frauentag. Sollte am 6. April kein Saal oder kein Redner zu haben sein, können auch die Tage vor oder nach dem 6. April genommen werden. Am besten ist es jedoch, um die Einheitlichkeit der Aktion zu wahren, am 6. April festzuhalten.

Die Tagung muß ferner ausgenutzt werden zur Stärkung unserer Organisation und Verbreitung unserer Presse, insbesondere unserer neuen Frauenzeitung „Die Kämpferin“.

Unser Frauentag muß werden eine glänzende Demonstration für den Sozialismus und ein Ehrenfest für die Unabhängige Sozialdemokratie.

Deshalb auf ans Werk! Tue jeder seine Pflicht!

Gegen die Kostrennungsbestrebungen in Preußen.

Die gestrige Sitzung der preussischen Landesversammlung beschäftigte sich mit Anträgen, die sich gegen die Kostrennungsbestrebungen in Preußen richteten. Es lagen Anträge von den verschiedensten Parteien vor. Die Redner behandelten vornehmlich die Bestrebungen, die auf Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik hinauslaufen, und richteten zum Teil scharfe Angriffe gegen rheinische Zentrumsleute, die sich für die Sonderrepublik besonders ins Zeug gelegt haben.

Herr Ling von der Rechten protestierte mit aller Schärfe gegen den Beschluß des Verfassungsausschusses in Weimar, nach dem einzelne Landesteile losgelöst werden können, ohne daß die Landesversammlung auch nur gehört worden sei. Das bedeute eine Entrechtung Preußens schälimmster Art. Herr Ling machte den Zentrumsleuten den Vorwurf, daß einzelne ihrer Vertreter mit der Entente geliebäugelt hätten und unterstützte die Motive, die diesem Treiben zugrunde liegen. Zu ihnen gehöre nicht zuletzt die Errichtung eines Reichstaates. Er forderte von der Regierung entschiedene Wahrung der Rechte Preußens.

Herr Schloßmann von den Demokraten war in der Form milder gegen das Zentrum; wendete sich aber gegen die Vermehrung der Kleinrenten; forderte die Erhaltung der Schwächung des Reichs gedient.

Abg. Künze von den Rechtssozialisten sprach sich in gleicher Weise aus und kennzeichnete das Treiben der Zentrumsleute als landesverräterisch. Die Worte

„los von Preußen“ bedeutete in diesem Falle auch „los von Deutschland“. Er stehe auf dem Standpunkt, den der Verfassungsausschuß in Weimar sich zu eigen gemacht habe, aber mit dem Zusatz, daß zuvor die Zustimmung der Landesvertreter erfolgen müsse.

Für die Regierung gab Minister Dill eine Erklärung ab, die sich entschieden gegen die in Rheinland-Westfalen betriebene Agitation richtete, behandelte aber das Zentrum sehr wohlwollend und zart. Preußen sei bereit, für die Förderung der Reichseinheit alle nur erdenklichen Opfer zu bringen, aber der Beschluß des Verfassungsausschusses in Weimar könne nur mit großem Bedauern betrachtet werden. Es sei ein sehr gefährlicher Versuch, der nur lebhaftes Bedauern bei der Entente erwecken würde. „Wir wollen uns nicht an die Wand drücken lassen.“ Die Regierung wird alles in Bewegung setzen, um diesen Beschluß noch in der Voll zu bringen. Die Debatte wurde auf heute vertagt, in der zunächst ein Zentrumsmann zu Worte kommen wird, dem der Vertreter der Unabhängigen Partei folgt.

Revolutions-Sammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Proletariat! Falsche Freunde verraten die Revolution! Militaristen und Kapitalisten bedrohen sie! Selbst uns, den Kampf dagegen zu führen! Schützt die revolutionären Errungenschaften! Fordert die Fortführung der Revolution! Kämpft für die Durchführung des Sozialismus! Stärkt unsere Organisationen, die dafür eintreten! Werbt für unsere Presse, die Aufklärung bringt und Euch Waffen liefert zum Kampf! Führt Organisation und Presse die nötigen Mittel zu! Gebt freudig und gern!

Zeichnet auf unseren Sammelkarten! So schützt Ihr die Revolution und sichert ihren Fortgang! Die Zentralkommission der U. S. P. D., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.

Die neue preussische Verfassung. Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen.

Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1. Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung ist Inhaberin der gesetzgebenden und vollziehenden Staatsgewalt. Sie hat die künftige Verfassung der Republik Preußen als Gliedstaat des Deutschen Reiches festzustellen und Gesetze, die keinen Aufschub dulden, zu erlassen.

Alle nach der Preussischen Verfassungsurkunde bisher den Kammern zugehörigen Rechte gehen auf die Landesversammlung über.

§ 2. Auf die verfassunggebende Landesversammlung finden die Artikel 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 der bisherigen Verfassung des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung.

Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten sind Untersuchungskommissionen aus der Mitte der Landesversammlung einzusetzen, in denen die Parteien vertreten sein müssen, denen die Anwälte angehören. Höchstenshöchsten sind verpflichtet, den Ausschüssen Auskunft zu geben.

§ 3. Der Präsident der verfassunggebenden Landesversammlung führt die Staatsregierung.

§ 4. Die Staatsregierung ist eine kollegiale Behörde und besteht aus sämtlichen Staatsministern. Der Ministerpräsident führt den Vorsitz und gibt bei Stimmgleichheit den Ausschlag. Die Staatsregierung regelt die Verteilung der Geschäfte unter ihre Mitglieder selbständig.

§ 5. Die Verfassungskommissionen, die nach den Gesetzen und Verordnungen dem König zustanden, löst bis auf weiteres die Staatsregierung aus mit der Maßgabe, daß eine Schlichtung und förmliche Verlegung der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung ausgeschlossen ist. 1) Die Rechte des Königs als Trägers des landesherrlichen Mandatsgehörs gehören hierzu nicht. Diese gehen bis zum Erlaß der künftigen Verfassung auf drei von der Staatsregierung zu bestimmende Staatsminister evangelischen Glaubens über.

§ 6. Jeder Staatsminister bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens der verfassunggebenden Landesversammlung und ist für seine Amtsführung verantwortlich. Jeder Minister muß zurücktreten, wenn ihm die Landesversammlung das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht. Die Verantwortlichkeit des Kriegsministers gegenüber der Volksgewalt im Reich wird dadurch nicht berührt.

§ 7. Die Ausführung der vollziehenden Gewalt liegt der Staatsregierung zu. Ihr sind sämtliche Staatsbehörden unterstellt.

Die Staatsregierung ist verpflichtet, die von der verfassunggebenden Landesversammlung beschlossene Verfassung und die gemäß § 1 zustande gekommenen Gesetze in der Gesetzesammlung zu veröffentlichen.

§ 8. Die Staatsminister und ihre Beauftragten haben das Recht, den Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung beizuwohnen und jederzeit das Wort zu ergreifen.

Die Staatsminister sind verpflichtet, auf Verlangen der verfassunggebenden Landesversammlung zu erscheinen und Auskunft zu erteilen oder den Grund anzugeben, warum eine Auskunft nicht erteilt werden kann.

§ 9. Die bisherigen preussischen Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, insoweit ihnen dies Gesetz nicht entgegensteht. Dasselbe gilt von den bisher von der Staatsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Landesversammlung binnen einem Monat nach Verkündung dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist außer Kraft zu setzen, wenn oder insoweit die Landesversammlung dies beschließt.

§ 10. Die bisherigen preussischen Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, insoweit ihnen dies Gesetz nicht entgegensteht. Dasselbe gilt von den bisher von der Staatsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Landesversammlung binnen einem Monat nach Verkündung dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist außer Kraft zu setzen, wenn oder insoweit die Landesversammlung dies beschließt.

§ 11. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

Gleichzeitig hat die Landesversammlung die folgende Entscheidung angenommen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung anzuregen, daß in der Reichsverfassung bestimmt wird, daß die für die Mitglieder des Reichstags zu treffenden Schutzbestimmungen auch auf die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen der deutschen Gliedstaaten Anwendung finden.

Die Wahl der Kreistage.

Nach § 10 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. Februar 1919 sind die neuen Kreistage bis zum 4. Mai zu wählen. Wahlberechtigt zur Kreistage sind: 1. der Wahlverband der Städte, 2. der Wahlverband der Landgemeinden. Der Wahlverband der Städte besteht aus der nichtfreien Städte und der Landgemeinden mit über 2000 Einwohnern, der Wahlverband der Landgemeinden aus den übrigen Landgemeinden und die Kreisbezirke. Die Wahlen erfolgen in den Städten durch die Stadtoberordneten (ohne Beteiligung der Magistratsmitglieder) und in mehreren Städten zu einem Wahlbezirk vereinigt, so in den Städten durch die Stadtoberordneten dieser Städte zu einer gemeinschaftlichen Wahlversammlung zusammen. Sind mindestens drei Abgeordnete zu wählen, so erfolgt die Wahl nach dem Verhältniswahlsystem. In den Landgemeinden, auf die bei der Verteilung der Abgeordneten mindestens ein Abgeordneter entfällt, erfolgt die Wahl durch die Gemeindevertretung (also inklusive des Gemeindevorstandes). Sind mindestens drei Abgeordnete zu wählen, so gelangt auch hier das Verhältniswahlsystem zur Anwendung.

Für die Wahl der übrigen auf den Wahlverband der Landgemeinden entfallenden Kreistagsabgeordneten werden die zugehörigen Landgemeinden und Kreisbezirke zu Wahlbezirken vereinigt, auf die mindestens je drei Abgeordnete entfallen. Die in diesen Wahlbezirken zu wählenden Abgeordneten sind im Wege der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen. Jeder Wähler hat eine Stimme; wahlberechtigt sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben. Zu wählen ist nach den Wählerlisten für die preussischen Landtagswahlen. Die Listen sind zu ergänzen. Werden mehrere Städte oder mehrere Landgemeinden zu Wahlbezirken vereinigt, müssen die Wahlvorschläge mindestens von 15 zur Ausübung der Wahl Berechtigten unterzeichnet werden. Die Wahlvorschläge sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar einzureichen. Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag hierzu aufzufordern. Diese Fristen können jedoch durch Beschluß der Kreisausschüsse abgeändert werden. Die Bestimmungen in den Kreisblättern sind daher zu beachten. Der Kreisausschuß ernannt für jeden Wahlbezirk einen Wahlkommissar und (bei direkter Wahl) für jeden Wahlbezirk einen Wahlvorsteher. Der Wahlvorsteher ernannt aus den Wahlberechtigten 2 bis 4 Beisitzer und einen Schriftführer. Wählbar zum Kreistagsabgeordneten ist im Wahlverband der Städte jeder im Besitze des Gemeindevahlrechts befindliche Einwohner, im Wahlverband der Landgemeinden jeder wahlberechtigte Einwohner einer Landgemeinde oder eines Kreisbezirks. Voraussetzung ist stets ein mindestens sechsmonatiger Wohnsitz im Kreise. Die Kreistagsabgeordneten werden auf 6 Jahre gewählt, alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Wahlverbandes aus. Ueber die Gültigkeit der Wahlen entscheidet der Kreistag selbst. Einspruch gegen die Richtigkeit der Wahlen kann jeder Wahlberechtigte innerhalb zwei Wochen nach der Wahl beim Wahlvorstand erheben.

Die Verwaltung in Preußen ist das wesentlichste. Hier ruht die ganze Macht der Junkersippe, die restlos gebrochen werden muß. Die Landratsverwaltung muß geändert werden. Und da die Landräte auf Vorschlag der Kreistage von der Regierung ernannt werden, so geht allein darauf schon die große Bedeutung der Kreistagswahlen hervor.

Die Neuordnung des Schulwesens.

Offiziell wird mitgeteilt: Vor einiger Zeit ging eine Meldung durch die Presse, daß als erste Maßnahme bei der Neuordnung des Schulwesens die Aufhebung der Vorschulen beabsichtigt sei. Die Aufhebung der Vorschule wurde als die erste Etappe auf dem Wege zur Einheitschule bezeichnet. Um den Abbau der Vorschule herbeizuführen, hatte das preussische Kultusministerium angeordnet, daß vom 1. April d. J. ab keine Aufnahmen mehr in die Vorschulen stattfinden dürften. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Durchführung dieser Verordnung auf mannigfache Schwierigkeiten, insbesondere auf solche finanzieller Art, stoßen würde. Es haben deshalb nachträglich Verhandlungen zwischen Vertretern des genannten Ministeriums und Vertretern von staatlichen und städtischen Realanstalten stattgefunden, deren Hauptaufgabe die Erörterung der Frage gewesen ist, ob man den Termin, von dem ab keine Aufnahmen mehr in die Vorschulen stattfinden dürften, hinauschieben könne. Diese Verhandlungen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß für die staatlichen Anstalten dieser Termin hinausgeschoben worden ist, und zwar bis Ostern 1920. Dies gilt indes nur für die staatlichen Anstalten. Den zahlreichen kommunalen höheren Lehranstalten ist die Bestimmung des Termins noch freigestellt worden. Die städtischen Anstalten haben es also noch in der Hand, die Schließung der Vorschulen für Neuaufnahmen auf einen ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt zu verlegen. Sie können den Termin weiter hinauschieben, als es die Regierung bereits getan hat, sie können aber auch die Vorschulen sofort aufheben, wie es neben der Stadt Essen eine Reihe von Großstädten in der Tat auch bereits beschlossen hat.

In diesen Großstädten gehören aber die Groß-Berliner Stadtgemeinden nicht. Im Gegenteil, in Charlottenburg hat die bürgerliche Mehrheit den Antrag unserer Genossen abgelehnt, mit dem Abbau der Vorschulen sofort zu beginnen.

Konferenz der pommerischen Arbeiterräte.

Die Konferenz der Arbeiterräte Pommerns tagte am 18. und 19. März in Stettin. Sie war von 174 Delegierten besucht, von denen sich nur 44 zur U. S. P. D. bekannten. Bei allen Wahlen, die auf der Konferenz vorgenommen wurden, hatten die Rechtssozialisten ihren Anhang fest an der Strippe. Wo die Arbeiter jedoch die Anhänger vorher nicht bearbeiten konnten, kam ihr gesundes proletarisches Empfinden durch, wie die fast einstimmige Annahme folgender Resolutionen zeigt.

Die pommerische Konferenz der U. S. P. D. hat die den Aufbau der Deutschen Republik das Wahlsystem für den Wahlbezirk. Sie kann sich nicht damit zufrieden geben.

